

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt



Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpolizisten zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Wöchentliche Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt. — Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

**Belegungspreise:** Jede Werbung abends für den folgenden Tag. Tagespreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 2 Mk., bei Zustellung ins Haus monatlich 2 Mk. 25, durch die Post bezogen wöchentlich 1 Mk. 25 ohne Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren, Postboten, sowie Zustellungsgebühren und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Befestigungen entgegen.

**Postfach-Nr. 21543. — Gemetade-Verbandsdirektive Bischofswerda Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Rücklieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreise:** Die 6-spaltige Grundzeile (Zim. M. 14) oder deren Raum 20 Wg., tägliche Anzeigen 80 Wg., 12-spaltige Zeile (Zim. M. 14) 220 Wg., die 3-spaltige Zeile (Zim. M. 14) 120 Wg. nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 6-spaltige Zeile 120 Wg. — Für bestimmte Tage und Plätze wird kein Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 280.

Mittwoch, den 1. Dezember 1920.

75. Jahrgang.

## Der Reichstag über die deutsche Wirtschaftspolitik.

Gesetz gegen die hohen Dividenden. — Ein wirtschaftliches Dienstjahr.

Berlin, 29. November. Beginn der Sitzung nachmittags 1 Uhr. Die 2. Beratung des Reichshaushalts wird beim Haus der Reichswirtschaftsministerien fortgesetzt. Die bürgerlichen Parteien unterstützen einen Antrag Trimborn (Zentr.) unverzüglich eine Stelle einzurichten, die einen fortlaufenden Überblick über alle Beschaffungen des Reiches. Der Ausschuss beantragt die Annahme einer Reihe von Entschliessungen, welche die Aufhebung der Verordnungen über die wirtschaftliche Demobilisierung betreffen, eine ordentliche Gesetzgebung auf dem Wege des gewerblichen Kredits verlangen, die Zuständigkeit des Reichswirtschaftsgerichts für alle wirtschaftlichen Streitigkeiten zwischen den Behörden fordern, eine Verminderung des Personalbestandes der Reichskommission für Ein- und Ausfuhrbewilligung und für die Kohlenverteilung wünschen und die Reichsregierung ersuchen, bei den neuerlichen Verhandlungen über ein Kohlenabkommen dahin zu wirken, daß Deutschland die notwendige Menge hochwertiger Kohle belassen und die steigende Förderung der nordfranzösischen Zechen berücksichtigt wird. Schließlich wird noch eine Veränderung der Papierpreise und eine Prüfung darüber verlangt, inwiefern die Reichszuschüsse für Papierlieferung vermindert oder eingestellt werden können.

### Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz:

Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, das Reichswirtschaftsministerium beabsichtige, ein umfassendes Wirtschaftsprogramm vorzulegen. Es ist nicht unsere Absicht, in dieser Zeit, wo noch alles im Fluß ist, ein festes Programm aufzustellen. Aber einige feste Grundsätze lassen sich aufstellen. Zunächst ist der Umstand zu berücksichtigen, daß unsere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag noch immer nicht feststehen. Wir müssen den Umfang unserer Verpflichtungen zahlenmäßig festlegen sehen. Der zweite Punkt von Bedeutung ist das dauernde Schwanken unseres Geldwertes. Alles, was eine Stabilisierung der Valuta begünstigen kann, muß gefördert werden. Das Kohlenabkommen von Spa ist in einer Weise erfüllt worden, die auch vom Ausland anerkannt wird. Die Kohlenförderung ist erheblich gestiegen. Die kommenden Monate werden aber infolge der wesentlichen Verminderung der Arbeitstage durch die bevorstehenden Feiertage eine nicht unwesentliche Einbuße erleiden. Auch in Ober-Schlesien hat sich nach dem durch die Unruhen im August bedingten Rückgang eine neue wesentliche Erhöhung der Förderungen bemerkbar gemacht. Immerhin konnte bei Gas, Elektrizität und Eisenbahnen die Anforderung nicht laufend erfüllt werden. Von wesentlicher Bedeutung aber ist, daß auch die Qualitätsfrage nicht befriedigend gelöst werden konnte. Eine Aufrechterhaltung des Kohlenabkommens von Spa auf längere Dauer ist unhaltbar. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland erfreulicherweise zurückgegangen. Sie beträgt aber immer noch 340 000, wozu noch 334 000 Familienangehörige kommen. Das Ziel unserer Ernährungspolitik ist die Entwicklung unserer Landwirtschaft. Deshalb ist die Beschaffung der Düngemittel die wichtigste Forderung. Dazu kommt die Sicherstellung der erforderlichen Arbeitskräfte. Die Verteilung der Nahrungsmittel soll durch die bei Einführung des freien Handels geschaffenen Reserven sichergestellt und damit ein Einfluß auf die Preisbildung gewonnen werden. Ein- und Ausfuhr müssen einheitlich geregelt werden. Da Streitigkeiten zwischen den Ressorts dabei nicht zu vermeiden wären, muß eine Stelle eingerichtet werden, die hier bestimmend und vermittelnd eingreift. Die Einfuhr von Lebensmitteln muß begünstigt, die von Luxuswaren als zur Zeit entbehrlich angesehen werden. Halbfabrikate sollen zugelassen werden, soweit sie Deutschland im vollen Umfange. Die Schaffung von Rohstofflagern muß durch entsprechende Finanzierung ermöglicht werden. Unsere Ausfuhr soll nach Möglichkeit erleichtert werden. Dazu muß eine weitgehende Rationierung der Industrie beitragen. Die Herstellung von Luxusartikeln ist zu vermeiden. Der Gedanke einer Reichswirtschaftsbank ist bislang im Kabinett nicht erwogen worden. Der Reichswirtschaftsrat hat sich vor einigen Tagen einmütig auf eine Entschliessung in diesem Sinne geeinigt, um der Not in der Industrie damit abzuhelfen. Die Regierung ist mit allen Mitteln auf einen Abbau der Preise bedacht, namentlich bei den Rohstoffen. Auch die Hebung unseres Verkehrswezens ist ein dringendes Erfordernis.

Unsere Schifffahrt ist durch den Krieg auf 300 000 Tonnen beschränkt worden. Bis zum Wiederaufbau unserer Flotte haben die großen Reedereien Abschlüsse mit fremdländischen Firmen getroffen. Der Ausbau unserer inneren Wasserstraßen sollte schon im Interesse der Arbeitslosen rasch gefördert werden. Ebenso müssen wir auf eine rechtzeitige Sicherung ausländischer Absatzgebiete Bedacht nehmen. Zur Befundung unseres wirtschaftlichen Lebens halte ich aber die Einführung eines wirtschaftlichen Dienstjahres für notwendig. Eine Dezentralisation des Wirtschaftslebens wird uns ebenfalls zur Befundung verhelfen. Die Wirtschaft muß zur Selbstverwaltung kommen. Die geplanten Wirtschaftsräte werden uns große Dienste leisten. Die sodann beginnende

### Aussprache

brachte eine Reihe zeitlich übermäßig ausgedehnter Reden. Der Abg. Hoch (Soz.) erging sich in einer stundenlangen Kritik der wirtschaftlichen Maßnahmen und Pläne der Regierung, ohne jedoch positive Vorschläge beizubringen. Er richtete wiederholt scharfe Angriffe gegen die Rechte und endete mit einer Art Kriegserklärung an die Regierung für den Fall, daß sie sich weiter hinter dem Reichswirtschaftsrat verstecke und die Volksozialisierung der Kohlenbergbau nicht durchführe. Dann wird ein Volksbegehren herbeigeführt werden können. Abg. Klotzner (Zentrum), der wesentlich sachlicher sprach, fordert eine weitere Erhöhung der Kohlenförderung, Verhinderung der Ausfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen und sprach das Vertrauen seiner Fraktion zu dem Reichswirtschaftsminister und dessen Politik aus. Abg. Dr. Reichert (Deutschnat.), der sich durch die Mahnung besonderer Verdienst erwarb, aus deutschen wirtschaftlichen Debatten die Parteipolitik fernzuhalten, sprach ernste Bedenken gegen die Sozialisierung aus und forderte, daß man den Blick von dem russischen Beispiel weg und auf das englische und französische Beispiel richten müsse. Dann kam noch einmal der Reichswirtschaftsminister zum Wort. Er wies nach, daß eine Reihe der vorgebrachten Klagen nicht sein Ressort angehe, versprach, einer Reihe von Anregungen, soweit nicht bereits in der angebotenen Richtung gearbeitet wird, nachzugehen, und teilte mit, daß über die Frage der hohen Dividenden, die die Öffentlichkeit mit Recht erregt, Erwägungen schweben. Man wisse nur noch nicht, ob man durch eine besondere Besteuerung der Dividenden oder durch eine Begrenzung der Dividendenhöhe vorgehen wird. Der Minister warnte vor alzu eifriger und eifertiger Esekemacherei und schloß mit einem Wort über die Sozialisierungsfrage. Die Schwierigkeiten mit denen die frühere Regierung ihr Verlangen in dieser Frage begründe, beständen unvermindert fort, und es gäbe nur den einen Weg, den die jetzige Regierung gehe, diese Frage aus dem politischen Meinungssturm herauszuheben und in den Sachverständigenberatungen eine Lösung zu suchen. Wenn die Linke diese Beratungen ablehne, so läge das fast aus, als sei ihr an einer Verständigung nichts gelegen, und das wolle er nicht annehmen.

Vizepräsident Bell schloß die Sitzung mit der tröstlichen Mitteilung, daß eine Reihe weiterer Redner umfangreiche Anträge angekündigt haben, und daß es deshalb ratsam sei, eine Pause zu machen.

Die morgige Sitzung beginnt um 1 Uhr und soll auch die Abstimmung über die Anträge wegen Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November bringen.

## Eine Rede Legiens auf dem internationalen Gewerkschaftskongress

London, 29. November. (B. I. B.) Die Westminster Gazette bezeichnet die am Sonnabend auf dem internationalen Gewerkschaftskongress in London gehaltene Rede des deutschen Gewerkschaftsführers Legien als die bisher bedeutungsvollste. Legien sagte dem Blatt zufolge, die Bergarbeiter des Ruhrgebietes hätten die Ablieferung von monatlich 2 Millionen Tonnen Kohlen an die Alliierten nur dadurch ermöglicht, daß sie bei mangelnder Ernährung auf Kosten ihrer Gesundheit über sich selbst machten. Er protestierte gegen einige Beschlüsse der interalliierten Kommission, die dem Geiste des Friedensvertrages widersprächen und von dem Wunsche befehlten, das deutsche Volk zu vernichten. Legien erklärte, die Berechtigung der Forderung der Alliierten nach Vernichtung von Maschinen, die angeblich für Kriegszwecke gebraucht werden könnten, würde von den deutschen Arbeitern nicht anerkannt. Diese Forderung würde dahin ausgelegt, daß ihr Ziel die Zerstörung der deut-

lichen Industrie und die dauernde Sklaverei des deutschen Arbeiters sei. Die Volksgesundheit in Deutschland habe sehr gelitten. Jetzt solle Deutschland 800 000 Milchtiere abliefern, was einen Verlust von täglich 6 Millionen Litern Milch bedeuten würde und auf die Gesundheit der deutschen Kinder schädigend einwirken würde. Wenn diese Methoden fortbauerten, wie könne man dann erwarten, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nachkomme. Legien erklärte, wir bitten nicht um Mitleid. Wir möchten nur an Euch appellieren und sagen, daß dies Euren eigenen Interessen zuwiderläuft. Wir haben keinen Streit mit den Arbeitern der feindlichen Länder. Alle unsere Anklagen sind gegen die Regierungen gerichtet. Das Ziel des Krieges war, so wird oft erklärt, die Vernichtung des preussischen Militarismus. In anderen Ländern ist der Militarismus aber sehr groß geworden. Wenn je eine Lüge im Kriege gesagt wurde, so war es die, daß der Krieg nur die Vernichtung des Militarismus zum Ziele hatte.

Der Bergarbeiterführer Thomas pflichtete dieser Ausrufung Legiens bei und sagte: Legien würde besser tun, seine Bemerkungen an die französischen Genossen zu richten. Denn allen Opfern des Krieges zum Trost scheint Frankreich entschlossen zu sein, seinem imperialistischen Ehrgeiz zu folgen. Die britischen Delegationen sind überzeugt, daß ein im Geiste der Rache gehaltener Friede nie ein erfolgreicher Friede sein kann. Es hiesse, die Zeiten nicht kennen, wenn man auch nur einen Augenblick lang glaubte, daß Deutschland zerstückelt werden könnte, und daß die Welt bestehen könne, wenn einige Mächte dauernd unter den Stiefeln des Tyrannen liegen.

## Einen erschütternden Protest

gegen das Verlangen der Entente nach 800 000 deutschen Milchtieren schlägt die bekannte dänische Schriftstellerin Karin Michaëlis in einem Berliner Blatt vor. Nachdem sie die Forderung der Entente als grausamen Massenmord gekennzeichnet hat, macht sie folgenden Vorschlag:

Sollte solche Mahnung nichts helfen, dann möchte ich vorschlagen — so drastisch und ungeheuerlich es auch erscheinen mögen — eine Deputation aus den kleinen armen Kranken (unter ärztlicher Aufsicht, im Krankenwagen) nach den fordernden Ländern zu entsenden; sie sollen dort selbst für ihre Sache demonstrieren. Sollte man sich weigern, die Kinder zu empfangen, dann wird diese Abgabe als eine Schandtat ohne gleichen in die Annalen der Geschichte eingetragener werden.

Unseres Erachtens verdient schon der Umstand, daß ein derartiger Vorschlag überhaupt möglich wurde, „als eine Schandtat ohne gleichen in die Annalen der Geschichte eingetragener“ zu werden.

Am 29. November. (B. I. B.) In einer gemeinsamen Versammlung der Frauenvereinigungen aller Stände, Bekennnisse und Parteirichtungen wurde eine Entschliessung gegen die vom Verbands verlangte Abgabe von weiteren 800 000 Milchtieren angenommen und an die Reichsregierung, sowie an die zuständigen Stellen gesandt.

## Brandstiftungen der irischen Sinnfeiner.

London, 29. November. Das Reutersche Bureau meldet: Seit Sonnabend morgen haben in Cork wieder Vergeltungen durch Brandstiftung in beunruhigendem Maße eingesetzt. Acht Geschäftshäuser wurden in Brand gesteckt. Der Schaden wird auf 200 000 Pfund Sterling geschätzt. Die Brandstiftungen in Liverpool bilden ganz unzweifelhaft einen Teil des in der Unterhausdebatte vom 24. d. M. enthüllten Zerstörungselbzeuges. Der Schaden läuft in die Millionen Pfund Sterling. Etwa 13 000 Ballen Baumwolle wurden beschädigt. Die Feuerwehrleute hatten die größte Mühe, die Brände einzudämmen. Die Baumwolllagerhäuser erlitten den größten Schaden. Der Anschlag war äußerst sorgfältig ins Werk gesetzt worden. Große Mengen von Brandstoffen wurden entdeckt, darunter Säcken und Flaschen mit Petroleum. Die Polizei hatte die Stadtteile zeitweise umzingelt und die Verbindung mit der Außenwelt unterbrochen. Die Versuche, die Brandstifter zu verhaften, die von ihren Anhängern verborgen gehalten werden, waren jedoch nur teilweise erfolgreich. Eine Anzahl verdächtiger Personen ist in Gewahrsam gebracht worden.

London, 29. November. Über den großen Brand bei Liverpool meldet das Reutersche Bureau: In der Nacht